

Verabschiedung der Kleinanlegerstrategie hohe Priorität für Ungarische Ratspräsidentschaft

Ungarn, das am 1. Juli die Ratspräsidentschaft der EU übernehmen wird, hat sein Arbeitsprogramm für die kommenden sechs Monate bekannt gegeben. Ein wichtiger Punkt auf der Agenda ist die Kleinanlegerstrategie (Retail Investment Strategy - RIS), deren Verabschiedung nun als hohe Priorität eingestuft wird.

Die am 30. Juni zu Ende gehende Ratspräsidentschaft Belgiens hat vor knapp zwei Wochen eine Einigung zur RIS im Ministerrat herbeigeführt. Beobachter des politischen Betriebs auf europäischer Ebene hatten zuletzt allerdings die Sorge geäußert, dass Ungarn das Thema RIS möglicherweise nicht aktiv weiterverfolgen würde. Mit der nun veröffentlichten Priorisierung zeigt die ungarische Präsidentschaft aber, dass sie die Verhandlungen vorantreiben möchte. Die Trilog-Verhandlungen zwischen den europäischen Institutionen, dem Rat, dem Parlament und der Kommission, können daher wie geplant im September beginnen, wenn sich das Europäische Parlament konstituiert hat und die Berichterstatter sowie das Verhandlungsteam benannt wurden. Es bleibt also eine realistische Erwartung, dass der Trilog bis zum Jahresende abgeschlossen werden kann.

„Wir bleiben optimistisch, dass das Provisionsverbot nicht nur vorerst, sondern auch endgültig keinen Eingang in das neue Regelwerk finden wird. Und natürlich werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass es auch bei anderen Themen in der RIS nicht zu einer Überbürokratisierung und einer ebenso unnötigen wie unsinnigen Mehrbelastung für die Vermittlerschaft kommt“, erklärt Frank Rottenbacher, Vorstand des AfW-Bundesverband Finanzdienstleistung und Mitglied im Board des europäischen Dachverbands FECIF.

Die Festlegung der Retail Investment Strategy als Priorität durch die ungarische Ratspräsidentschaft ist aus Sicht des AfW ein wichtiger Schritt zur Schaffung von Planungssicherheit für alle Marktteilnehmer. Diese Priorisierung zeigt betroffenen Unternehmen, dass sie gut beraten sind, ihre Strategien und Planungen weiterhin entsprechend anzupassen und sich auf die kommenden regulatorischen Veränderungen vorzubereiten.

Quelle:

“The legislative package promoting private investments, i.e. the Retail Investment Strategy, is a remaining high-priority file from the last CMU Action Plan.”

<https://hungarian-presidency.consilium.europa.eu/media/32nhoe0p/programme-and-priorities-of-the-hungarian-presidency.pdf>

Pressekontakt:

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0

Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29

E-Mail: office@afw-verband.de

Unternehmen

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.
Kurfürstendamm 37
10719 Berlin

Internet: www.bundesverband-finanzdienstleistung.de

Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und Immobiliendarlehensvermittl:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden. Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.